

Das maximale Pariser Samstags-Risiko ó Macron warnt vor šeinem harten Kern tausender Demonstranten, die nach Paris kommen, um zu zerstören und zu tötenõ.

Der Neuerliche Aufmarsch der šGelbwestenõ in Paris könnte über Macrons Zukunft entscheiden. Der Staatschef sieht šdie Republik in Gefahrõ. Ein doppelt so hohes Polizei-Aufgebot als in der Vorwoche soll die gewaltbereiten Teilnehmer der Demonstrationen in Schach halten. Die Schülerbewegung, die in den letzten Tagen mit Brandstiftungen auffiel und der Polizei Straßenschlachten lieferte, dürfte sich den Aufmärschen der šGelbwestenõ in Paris und fast allen Provinzstädten anschließen und diese noch gefährlicher gestalten. Die šGelbwestenõ fordern inzwischen vielfach eine Erhöhung des Mindestlohns, die Wiedereinführung der Steuern auf Großvermögen und den Rücktritt von Macron. Dieser verzichtete zuletzt auf eine TV-Ansprache, aus Angst den Aufruhr nur noch weiter hoch zu treiben. Seine Regierung bemüht sich aber um Lohnerhöhungen und Prämien-Ausschüttung in den Betrieben, um die Lage zu entschärfen.

AUS PARIS
DANNY LEDER

Heute, Samstag, ist vermutlich der Tag, der über die weitere politische Zukunft Frankreichs entscheiden wird. Ein Teil der šGelbwestenõ, die seit vier Wochen immer wieder Autobahnen, Einkaufszentren und Treibstoffdepots in der Provinz blockieren, werden neuerlich in Paris aufmarschieren.

Theater, Museen und Eiffelturm bleiben geschlossen. Geschäfte, Restaurants und Hotels haben sich hinter Press-Spannplatten und manche sogar hinter Schutzwänden aus Edelstahl verbarrikadiert. Die Stadtverwaltung ließ Boden-Gitter, die sich am Fuße von Bäumen befinden, lockere Pflastersteine und Baustellen-Material, also alles was als Wurfgeschoss dienen könnte, entfernen. Ebenso die Glasplatten der Bus-Unterstände, die naturgemäß tobenden Demonstranten als erstes zum Opfer fallen.

Insgesamt stehen in Frankreich diesen Samstag fast hunderttausend Polizisten und Gendarmen im Einsatz. In Paris sind es 8000, darunter besonders mobile und schnelle Greiftrupps. Am vergangenen Samstag hatten nur halb so viel Beamte nicht gereicht, um die Verwüstungen, Brandlegungen und Plünderungen zu verhindern, zu denen es beim Aufmarsch der šGelbwestenõ gekommen war. Ultra-linke und ultra-rechte Grüppchen hatten dabei eine Rolle gespielt, auch rabiate Jugendbanden aus den Vororten hatten mitgemischt.

Aber auch unter den šGelbwestenõ, die sich an keinen der zahlreichen Ausschreitungen sowohl in Paris als auch in der Provinz bisher beteiligten, sind viele der Überzeugung, dass die Gewalttaten dazu beigetragen haben, dass die Staatsführung um Präsident Emmanuel Macron jetzt erstmals nachgegeben hat: die für 2019 beschlossenen Gebührenerhöhungen auf Sprit wurden annulliert. Inzwischen aber fordern etliche šGelbwestenõ auch die Anhebung

des Mindestlohns, die Rücknahme der jüngst eingeführten Steuern für Rentner und die Wiederherstellung der von Macron abgeschafften Steuer auf Großvermögen.

Außerdem glaubt ein Teil der 'Gelbwesten', sie könnten durch ihre anhaltenden Aktionen und jetzt auch durch einen neuerlichen, noch heftigeren Aufruhr in Paris den Rücktritt der Regierung und des Staatschefs herbeiführen.

Macron waren zuletzt faktisch die Hände gebunden, er hatte kaum mehr Manövrierraum. Eine TV-Ansprache vermied er, aus der berechtigten Sorge heraus, dadurch den Aufruhr noch mehr anzuheizen, wie es bei seinen vormaligen Auftritten der Fall gewesen war. Seine Regierung hatte er angewiesen die Unternehmerschaft dazu zu bewegen, den Arbeitnehmern Lohnerhöhungen und Prämien zu gewähren, um die Lage zu entschärfen. Mit den Gewerkschaften, die Macron bisher eher übergangen hatte, wurde ein Dialog eingeleitet.

Unter Zuhilfenahme des Regierungssprechers richtete Macron einen Hilfsapell an Medien, Gewerkschaften und Parteien, damit sich diese für die Bewahrung der Ruhe engagieren. Die Republik stehe auf dem Spiel, warnte Macron. Er rechne mit seinem harten Kern tausender Personen, die nach Paris kämen, um zu zerstören und zu töten.

Aber weder die Gewerkschaften noch die Parteien haben sonderlichen Einfluss auf die sehr lose und teilweise fast autoritätsfeindliche Bewegung der 'Gelbwesten'. Das gilt auch für die radikalen Oppositionskräfte. Die Nationalistin Marine Le Pen unterstützt zwar grundsätzlich die 'Gelbwesten', hütet sich aber vor einer persönlichen Teilnahme. Außerdem kommt sie mit den Verwüstungen vom vergangenen Samstag bei der Gedenkstätte des Pariser Triumphbogens, einem Nationalsymbol, nicht zurecht. Sie teilt auch nicht die an die Unternehmer gerichteten Sozialforderungen, sondern will etwaige Lohnerhöhungen durch Importzölle staatlich finanzieren lassen.

Nur der Linkstribun Jean-Luc Melenchon unterstützt vorbehaltlos die Demos und den Ruf nach Rücktritt von Macron. Melenchon hat aber auch keinen direkten Draht zu den 'Gelbwesten', die sich bisher jeder politischen Bevormundung entzogen haben.

Die Situation könnte auch ausarten, wenn die 'Gelbwesten' heute noch Zulauf von Seiten der Schüler erhalten. In den letzten Tagen hatte eine ziemlich chaotische und gewaltschwangere Schülerbewegung, die sich vorgeblich gegen eine noch gar nicht beschlossene Matura-Reform richtet, einige hundert Gymnasien blockiert.

Schüler hatten vor ihren Lehranstalten Brände gelegt und die anrückende Polizei mit Steinen beworfen. In einigen Fällen hatte die Polizei Gummi-Geschosse abgefeuert und Schüler schwer verletzt. In einer Trabantenstadt bei Paris hatte eine Sondertruppe der Polizei 50 Schüler umzingelt, gefilzt und gezwungen, mit hinter dem Kopf verschränkten Armen niederzuknien ó die Szene wurde gefilmt und löste Unbehagen in der Öffentlichkeit aus.